

Nico Grasselt

Der richtige Ton

**Die Bedeutung von Sprache in politischen
Wandlungsprozessen und in Krisensituationen.**

17. Juli 2012

NRW | **School of Governance**
www.nrwschool.de

UNIVERSITÄT
**DUISBURG
ESSEN**

Redaktion

Matthias Bianchi, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 4106

Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
matthias.bianchi@uni-due.de

Wissenschaftliche Koordination

Kristina Weissenbach, M.A.
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 3742
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
kristina.weissenbach@uni-due.de

Sekretariat

Anita Weber
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2045
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
anita.weber@uni-due.de

Herausgeber (V.i.S.d.P.)

Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Redaktionsanschrift

Redaktion Regierungsforschung.de
NRW School of Governance
Institut für Politikwissenschaft
Lotharstraße 53
47057 Duisburg
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 4106
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179
redaktion@regierungsforschung.de

www.nrwschool.de
www.forschungsgruppe-regieren.de
www.politik.uni-duisburg-essen.de

Der richtige Ton

Die Bedeutung von Sprache in politischen Wandlungsprozessen und in Krisensituationen.

Von Nico Grasselt¹

1. Einleitung

In Demokratien sind Entscheidungen der Regierenden in komplexe Kommunikationsprozesse eingebettet.² Politik lebt von sprachlich vermittelten Ideen. In gesellschaftlichen Wandlungsprozessen helfen sprachliche Mittel komplexe Entscheidungen verständlich zu machen, somit Begründungen für angestrebte Veränderungen zu liefern. Die Zieldefinition ist eine der wichtigsten Aufgaben der Politik, diese gelingt nur über Mittel der Sprache. Politikziele stiften Orientierung und geben damit subjektiven Gestaltungsbestrebungen einen objektiven Sinn.

Der nachfolgende Beitrag beschäftigt sich mit der Bedeutung von Sprache in politischen Wandlungsprozessen und in krisenhaften Situationen.³ Steuerung und somit „Machtausübung“⁴ erfolgt in der politischen Sphäre über verschiedene sprachliche Mittel. Indem die Regierenden beispielsweise Inhalte bewerben und damit ihre Kompetenz aufzeigen, strahlen sie Überzeugungskraft aus. Indem Themen gesetzt und besetzt werden, wird Meinungsführerschaft übernommen. Definitionsmacht beweisen Spitzenakteure durch Realitäts- sowie Problemdeutung. Dadurch werden aber ebenfalls Lösungswege vorgegeben. Durch die verbale Provokation der Gegnerschaft gelingt es gegebenenfalls, die eigenen Anhänger zu mobilisieren. Indem Ziele definiert werden, stiften Akteure Sinn und beweisen Zukunftskompetenz.⁵

Die sprachlichen Mittel, die hierfür eingesetzt werden, bewegen sich auf Ebene der individuellen politischen Akteure, somit der Politikerinnen und Politiker in Führungsverantwortung. Der nachfolgende Beitrag nennt einige Ansätze der Kommunikations- und Diskursforschung zur systematischen Analyse politischer Redebeiträge und ihren Untersuchungsfokus, darauf aufbauend wird ein einfaches Mehrebenenanalysemodell vorgestellt. Es kann als ein Hilfsinstrument

¹ Nico Grasselt ist Diplom-Sozialwissenschaftler, aktuell arbeitet er als Projektkoordinator am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK).

² Grundlegend zur Bedeutung von Kommunikation in der politischen Sphäre vgl. Sarcinelli 2010: 268f.

³ Einführend zum Gegenstandsbereich „Politische Sprache“ aus Perspektive eines Redenschreibers vgl. auch Bazil 2010: 3-6.

⁴ Zum Zusammenspiel von „Macht und Sprache“ in der Politik einführend Klein 2010: 7-13 und grundlegend zum Gegenstandsbereich „Macht und Politik“ vgl. M. Schmidt 1995: 573f.

⁵ Zu dieser Übersicht vgl. a. Grasselt/Korte 2007: 131f. und Fröhlich 2001.

verstanden werden, welches die Analyse unterschiedlicher Redebeiträge ermöglicht, und dem oder der Untersuchenden die Chance bietet, eigene Schwerpunkte und Prioritäten in die Untersuchung mit einzubeziehen.

Dabei wird auf allgemeiner Ebene hinterfragt, welche Funktionen sprachliche Mittel in politischen Steuerungsprozessen erfüllen können. Den Ausgangspunkt bilden die Möglichkeiten der Selbstinszenierung Politisch-Verantwortlicher durch Sprache und deren Grenzen (*Punkt 2*). Im Anschluss wird dann (*Punkt 3*) argumentiert, dass die Mittel der politischen Sprache nur in Verbindung aus „Darstellungs- und Entscheidungspolitik“⁶ betrachtet werden können. Dabei müssen jedoch auch die Bedeutungen von tiefer liegenden Werten und Normen sowie speziellen Pfadabhängigkeiten in politischen Diskursen in die Analyse mit einbezogen werden. Denn die normative – somit oft ethische – Grundlage einer Botschaft ist für Betroffene oft wichtiger als ihr sprachlicher Spin.⁷ Nur in einer Kombination dieser unterschiedlichen Analyseebenen in der Betrachtung politischer Äußerungen ist eine fundierte Aussage über die Bedeutung des Beitrages für politische Debatten jenseits einer Augenblicks-Legitimation möglich. Daher wird (*Punkt 4*) differenziert dargelegt, wie die unterschiedlichen Ebenen politischer Sprache in Redebeiträgen betrachtet werden können, um diese „Transmission“ politischer Ideen und Inhalte in sprachlich vermittelte Gestaltungsvorstellungen aufzuzeigen. Gerade in komplexen Krisensituationen müssen Entscheidungen (*Punkt 5*) jedoch in besonderem Maße sprachlich begründet werden. Verbalen Äußerungen von Politisch-Verantwortlichen fällt hier eine besondere Bedeutung zu. In allen Punkten werden Beispiele für die Möglichkeiten und Grenzen der sprachlichen Steuerung in komplexen politischen Transmissionsprozessen gegeben. Schließlich werden in *Punkt 6* die zentralen Aspekte in ein anwendbares und verständliches Modell zusammengeführt.

2. Mittel der Sprache zur Selbstdarstellung in Führungsprozessen

Sprache ist das zentrale Instrument der politischen Führung in Demokratien.⁸ Zudem ist Sprache die wichtigste soziale Institution, welche die Menschen hervorgebracht haben.⁹ Die Kommunikationsforschung lehrt, dass in unserer modernen Mediengesellschaft die Redundanz komplexer politischer Inhalte auf griffige Formeln und Schlagwörter von herausragender Bedeutung ist, um bei Bürgerinnen und Bürgern in der Vielfalt kommunikativ vermittelter Botschaften Gehör zu finden.¹⁰ Dabei steht zwar ebenfalls die „Politikvermittlung“ im Fokus der Betrachtung, oft wer-

⁶ Die Unterscheidung von „Darstellungs- und Entscheidungspolitik“ entstammt Korte/Hirscher 2000: 11f., zu den Merkmalen der beiden Politikbereiche vgl. Sarcinelli 2010: 272-276 und Sarcinelli/Tenscher 2008.

⁷ Dazu Fröhlich 2007.

⁸ Zum Thema „Führung“ aus politikwissenschaftlicher Perspektive siehe einleitend Helms 2000 und 2010a, zum schwierigen Umgang mit den Begrifflichkeiten von „Führung“ vgl. Fagagnini 2000; zu Führungsalltag, Führungsstilen und Techniken in der Politik und Ökonomie u.a. Grasselt/Korte 2007; zur strategischen Führung in der Politik Glaab 2007 sowie Fliegau/Kießling/Novi 2008.

⁹ Zur Bedeutung von Sprache als soziale Institution vgl. einleitend Berger/Luckmann 2000.

¹⁰ Einleitend dazu Jarren/Donges 2002: 59-96.

den jedoch „Oberflächenphänomene“ und ihre medialen Wirkungen ins Zentrum gerückt.¹¹ Dabei bildet die „Darstellungsebene“ den Bezugspunkt.¹² Diese Perspektive wird getragen durch Studien zur Bedeutung von Öffentlichkeitsarbeit in politischen Vermittlungsprozessen und es liegen Ansätze der „Public-Relations-Forschung“ (PR) oder auch des modernen Kommunikationsmanagements in Führungsprozessen zugrunde. Oft wird dabei vom sogenannten „Public Leadership“ gesprochen.¹³

Die Kommunikationsbeziehungen zwischen dem politischen Führungspersonal und verschiedenen Öffentlichkeiten stehen hier im Zentrum. Dabei wird oft ein „Top-Down-Modell“ postuliert, welches impliziert, dass die Steuerung des Publikums über die Medien durch die Politik erfolgt.¹⁴ Auch Prioritätensetzungen der sogenannten „Politikkontaktarbeit“, somit des „Public-Affairs-Management“ (PA) attestieren die Notwendigkeit der professionellen Organisation von kommunikativen Dienstleistungen in Politikvermittlungs- und Beratungsprozessen.¹⁵ Beide Perspektiven (PR und PA) implizieren, dass kommunikative Beziehungen zwischen der politischen Sphäre und anderen gesellschaftlichen Teilbereichen professionell organisierbar sind und individuelle Akteure durch sprachliche Dominanz und Exzellenz auch in der Lage sind, diese Prozesse zielorientiert zu steuern. Mit dem Fokus auf den jeweiligen Akteur werden daher primär die medialen und rhetorischen Kompetenzen für den Vermittlungserfolg in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt. Bei diesen Selbstinszenierungskünsten lassen sich in drei Wirkrichtungen differenzieren.

(1) Die „Assertive Selbstdarstellung“ dient dazu positive Bilder und Assoziationen zu wecken und diese mit anderen positiven Aspekten in Verbindung zu bringen;

(2) Die „Defensive Selbstdarstellung“ dient ausschließlich dazu sich von negativen Darstellungen durch andere Akteure abzugrenzen;

¹¹ „Kennzeichnend dafür sind etwa Aktualitätsfixierung, mikroperspektivische Sichtweisen bei Vernachlässigung institutioneller und normativer Fragen, Amerikanisierungsanalogien, Verkürzung der Debatte über Erscheinungsweisen und Deformationen politischer Sprache auf Wahlkämpfe und Kampagnen (...)“ Vgl. dazu Sarcinelli 2010: 268-270.

¹² Ebenda, expl. auch Kamps 2007; Zum Thema „Mediendemokratie“ Korte/Fröhlich 2009.

¹³ Zum Spannungsfeld aus „Core Exekutive Leadership“, somit der Regierungsführung im Kabinett und der Kanzlerschaft und dem „Public Leadership“, der Steuerung der Öffentlichkeit durch die politische Elite vgl. Glaab 2007: 308-311.

¹⁴ Wie werden diese Beziehungen gepflegt und weiterentwickelt? Wie können politische Organisationen ihre Öffentlichkeitsarbeit optimieren und wie können individuelle Akteure in Kommunikationsprozessen davon profitieren oder zumindest keinen Schaden nehmen? Wie sieht eine gute Verpackung politischer Inhalte aus, um auf möglichst große öffentliche Resonanz zu stoßen? Diese und andere Fragen stehen im Zentrum der Public-Relations-Ansätze. Neben diesen „Top-Down-Modellen“ werden in der Literatur auch „Bottom-Up-Modelle“ (verkürzt: die öffentliche Meinung steuert politische Entscheidungen über das Mediensystem) und „Biotop“ Modelle (Öffentlichkeit, Mediensystem und Politik beeinflussen sich gegenseitig) sowie das „Mediokratie-Modell“ (Die Massenmedien bestimmen einen wesentlichen Teil der politischen Agenda und der Meinungsbildung) genannt. Angenommen wird jedoch, dass spezifische (nationale) Mediensysteme Auswirkungen auf die politische „Kommunikationskultur“ eines Landes haben. Einführend Pfetsch/Maurer 2008: 99-119.

¹⁵ Zum „Public-Affairs-Management“ vgl. einführend Althaus/Geffken/Rawe 2005.

(3) Bei der „Offensiven Selbstdarstellung“ werden schließlich eigene Vorstellungen und Eigenschaften gegenüber Dritten in ein positives Licht gerückt indem man sich vom politischen Gegner oder negativen Aspekten abgrenzt.¹⁶

Dabei wird oft von der Prämisse ausgegangen, dass die Steuerbarkeit verschiedener Teilöffentlichkeiten durch die Mittel der politischen Sprache grundsätzlich möglich ist. Dennoch lassen sich weder die Öffentlichkeit im Allgemeinen noch die Medienvertreter im Besonderen dauerhaft allein durch sprachliche Aspekte beeinflussen. Zwar erfordert „Darstellungspolitik“ unter den Bedingungen der Mediendemokratie von Entscheidungsträgern die Fähigkeit zur Mobilisierung der Öffentlichkeit, jedoch werden dadurch auch die Erfüllungserwartungen der Medien und der Öffentlichkeit an die Handlungsakte des politischen Akteurs bestimmt. Um ein Beispiel zu nennen: Der ehemalige Wirtschafts- und Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg glänzte auf der Darstellungsebene von Politik. Auf der exekutiven Bühne zeigte er zudem Durchsetzungswillen, zu nennen sind hier exemplarisch die Kritik an der Opel-Rettung, die Titulierung des Afghanistan Einsatzes als „Krieg“ oder auch der offensive Stil bei der Vermittlung der Bundeswehrreform inklusive Abschaffung der Wehrpflicht.¹⁷

Seine politischen Ziele vertrat zu Guttenberg vehement durch Assertive und Offensive Selbstdarstellungen, die er unter Umgehung herkömmlicher Parteipolitik direkt über die Medien verbalisierte, unterstützt durch hochprofessionelle Bildpolitik. So organisierte er lange erfolgreich Mehrheiten vornehmlich über Darstellungspolitik und eine trennscharfe politische Sprachwahl. Er avancierte rasch zum Lieblingspolitiker der Deutschen und der Medien. Einer, der kein Blatt vor den Mund nahm – hohe Erwartungen an sich und andere artikulierte und sich damit von der rhetorisch eingeschliffenen politischen Elite hierzulande absetzte.¹⁸ Doch wenn er in die Kritik geriet, wie in der „Kundus-Affäre“ oder bei den Vorgängen auf der „Gorch Fock“ änderte er sein Verhalten in Richtung defensiver Selbstdarstellung in dem er oft – gerne auch vorschnell – Dritte für die Vorgänge verantwortlich machte und umfassende Aufklärung forderte.¹⁹

¹⁶ Zu den Instrumenten der Selbstinszenierung vgl. Schütz 1999: 107 und Stüwe 2004: 35-51.

¹⁷ Insbesondere die Wehrpflicht stellte einen Eckpfeiler der Konservativen Politik seit Gründung der Bundeswehr dar und wurde 2010 ohne größeren Diskurs aufgegeben. Insgesamt zum Public Leadership durch zu Guttenberg vgl. Kriewel 2011.

¹⁸ „In Zeiten des Politikverdrosses ist die größte Versuchung eines Politikers, sich zum anderen in der Politik zu erklären, zum guten Alien. Das ist moderner Populismus, und in diesem Sinne ist Guttenberg Deutschlands größter Populist. So verschafft er sich Zustimmung auch zu Lasten der Politik insgesamt und schürt eine ungeheure Erwartung. Gleichzeitig bringt er fast den gesamten Politikbetrieb gegen sich auf. Es gibt wenige Kollegen, die sich freundlich über ihn äußern. So ist er genau das, was sich viele Bürger wünschen: ihr Abgesandter ins verachtete Machtkartell.“ Demmer/Feldenkirchen/Kurbjuweit/Pfister 2010: 36; Zu den Erwartungen an zu Guttenberg vgl. exempl. auch Löwenstein 2009.

¹⁹ Zur Kundus Affäre exemplarisch Kornelius 2009b und zum „Fall“ von zu Guttenberg siehe Däuble 2011.

Führung durch Selbstinszenierung funktioniert jedoch im Politischen nie dauerhaft – insbesondere wenn die Erwartungen permanent kommunikativ gesteigert werden.²⁰ Es erscheint daher redundant sich bei der Analyse von politischer Sprache ausschließlich auf Inszenierungs- und rhetorische Künste zu konzentrieren. Ebenso muss die „Entscheidungsebene“ der Politik in die Analyse mit einbezogen werden. Diese wird gerade durch die Rolle eines Akteurs im politischen Betrieb definiert, welche das sogenannte „Institutionsvokabular“ zur Verfügung stellt und oft die Möglichkeiten und Grenzen der spezifischen Sprachwahl und die Erwartungen des Publikums definiert.²¹

Dies soll an den unterschiedlichen Rollen Guido Westerwelles in Politikvermittlungsprozessen illustriert werden. Als Oppositionsführer im Deutschen Bundestag galt dieser noch als vielleicht bester Debattenredner dieser Ära. In zahlreichen Wahlkämpfen und vielen Oppositionsjahren schulte er die Fähigkeit offensiv aber nicht populistisch Missstände zu thematisieren und gleichzeitig sachpolitische Alternativen aufzuzeigen.²² Die Rollen des FDP-Vorsitzenden in Kombination mit der Rolle als Fraktionschefs der Liberalen im Deutschen Bundestag ergänzten sich in der Person Westerwelles ideal. Die Rolle des Oppositionsführers zeichnet sich in der Regel durch „kompetitive Strategien“ aus, somit wird die inhaltliche Alternative und damit der Gegensatz zu Regierungsmehrheit in den Mittelpunkt der Argumentation gerückt. Als Oppositionsführer konnte er zugleich „kooperative Strategien“ einsetzen, somit in wichtigen Entscheidungen mitregieren und die sofortige Regierungsfähigkeit verbal und in Abstimmungen unter Beweis stellen.²³ Bei der Führung der Bundes-FDP stand hingegen die kompetitive Rolle der parteipolitischen Alternativfunktion und die Kritik an der politischen Konkurrenz im Zentrum der verbalen Aktivitäten Westerwelles unter dem Motto: „Mehr Netto vom Brutto.“ Beide Funktionen ergänzten sich optimal. Westerwelle konnte sich inhaltlich mit der Arbeit der Regierungsakteure im Parlament auseinandersetzen und dann mitregieren, wenn es notwendig war. Er konnte sich dann aber auch resolut auf die Rolle als Parteivorsitzender zurückziehen, um den politischen Gegner verbal zu attackieren, Alternativen aufzuzeigen und interne Konkurrenten zu disziplinieren.²⁴

²⁰ Die Wirkung dieser Inszenierungskünste und der Abgrenzung zu etablierten politischen Klasse endete bei zu Guttenberg als er in der Plagiatsaffäre niemanden für die Vorgänge verantwortlich machen konnte und schließlich die persönlichen Konsequenzen zog.

²¹ Zum Thema „Institutionsvokabular“ vgl. Bazil 2010: 3-6.

²² Zur Rolle der Opposition und dem „reaktiven“ Charakter im Agenda Setting vgl. Helms 2010b: 233-256.

²³ Zum „Pluralismus politischer Opposition und oppositioneller Strategien als Kennzeichen freiheitlich-pluralistischer Demokratie“ vgl. Helms 2010b: 250f.

²⁴ Westerwelle gilt als einer der besten Redner der Liberalen in den letzten Jahren: „Die Forderungen, die Westerwelle in solchen Momenten aufstellte, waren allerdings immer Superlative. (...) Je länger und prominenter er seine Vorstellungen von der Oppositionsbank aus formulierte, desto häufiger hörten auch die Leitartikelschreiber auf ihn. Vielleicht hatte dieser Westerwelle ja recht: Unter Rot-Grün und in der Großer Koalition wimmelte es doch von Dilettanten. Wer Westerwelle hörte, der musste glauben, dass das Regieren supereinfach sein müsste (...) All dies trug schon den Keim des Scheiterns in sich. (...) Die Angeber-Sätze nach seinem triumphalen Wahlsieg 2009 flogen Westerwelle alsbald um die Ohren.“ Schlieben 2011a.

Neue Ämter und damit Funktionen im politischen Prozess stellen andere Herausforderungen an Entscheidungsträger, sachpolitisch und argumentativ. Kompetitive Sprachstile sind im Außenministerium eher weniger gefragt und verfehlen hier ihre Wirkung, da in der Öffentlichkeit nicht zwischen Parteivorsitz und der Rolle als Außenminister unterschieden wird. Mit seinen Äußerungen zur „Spätrömischen Dekadenz“ breiter Gesellschaftsschichten provozierte Westerwelle beispielsweise in einer ohnehin bereits kontrovers geführten öffentlichen Debatte zur Zukunft des Sozialstaates. Das damit beabsichtigte Kalkül der Ablenkung von eigenen parteipolitischen Fehlern mag aus Perspektive eines Parteivorsitzenden nachvollziehbar sein, sie entsprechen jedoch nicht den Anforderungen an ein Kabinettsmitglied und insbesondere an den Außenminister. Westerwelle unterschätzte hier die Wirkung dieser Formulierung oder verkalkulierte sich.

Ebenso erging es seinem Nachfolger als Parteivorsitzenden, der im Herbst 2011 die Wirkung seiner Ausführungen zum Thema „kontrollierte Insolvenz“ Griechenlands in Hinblick auf seine Rolle als Wirtschaftsminister unterschätzte. Rösler trägt hier als Wirtschaftsminister für die Wahrnehmung der Bundesregierung auch verbale Verantwortung. In der Wahrnehmung der Öffentlichkeit sind seine Äußerungen als Parteivorsitzender davon nicht zu trennen, da zudem auch die Partei FDP in Regierungsverantwortung eingebunden ist. Bei der Analyse der Wirkungen derartiger Aussagen sind somit alle Funktionen und Rollen von politischen Akteuren in die Betrachtung einzubeziehen, wie das glücklose Agieren von Guido Westerwelle zwischen seinen Ämtern als Außenminister nach dem Amtsantritt der Schwarz-Gelben Koalition 2009 und als Parteivorsitzender bis 2011 demonstrierte.²⁵ Die neue Rolle als Außenminister und die daraus resultierenden argumentativen Anforderungen waren offenkundig mit dem kompetitiven Politikstil von Westerwelle als Parteivorsitzender unvereinbar. Dies führte erst zum raschen Vertrauensverlust und schließlich zum Machtverlust des herausragenden Rhetorikers Westerwelle.

Für eine Analyse der politischen Sprache muss daher zunächst hinterfragt werden, welche sprachlichen Anforderungen und Qualitäten das jeweilige Amt an den politischen Akteur stellt und wie sich diese Anforderungen und Möglichkeiten ergänzen bzw. gegenseitig ausschließen. Lassen sich diese Aspekte mit den individuellen sprachlichen Fähigkeiten eines Akteurs in Einklang bringen?

3. Sprache als Verbindung von Darstellungs- und Entscheidungspolitik

Politische Entscheidungsträger investieren sehr viel Zeit in den Aspekt der politischen Führung durch sprachliche Mittel. Es wurde dargestellt, dass der massenmediale Fokus auf die Art der Politikdarstellung oft den Blick auf die Entscheidungsebene der Politik versperrt. Für die Analyse politischer Sprache sind daher weniger die Selbstinszenierungen und rhetorischen Qualitäten von Bedeutung, sondern vor allem die inhaltlichen Assoziationen, die Redebeiträge stärken oder

²⁵ Zu den Erwartungen an Westerwelle nach der Schwarz-Gelben Regierungsübernahme 2009 siehe auch Ulrich 2009 und zu seinem Rücktritt als Parteivorsitzender der FDP siehe z.B. Schlieben 2011b.

zumindest wecken sollen. Des Weiteren wurde aufgezeigt, dass die sprachlichen Anforderungen der Entscheidungspolitik zentral von der Position des Akteurs im Politikbetrieb und von seiner spezifischen Rolle dort abhängen. Die damit verbundene Machtposition definiert die Grenzen und Chancen zur tatsächlichen Politikgestaltung und die inhaltliche Bedeutung einer Aussage im Kontext dieser Gestaltungsmöglichkeiten.

In der politischen Sphäre sind Entscheidungsprozesse sicherlich komplexer und interdependenter als in anderen Sphären, was ihre Begründung deutlich erschwert und das Politikgeschäft oft intransparent erscheinen lässt. Dennoch können politische Akteure das Spannungsverhältnis aus Darstellungs- und Entscheidungspolitik diskursiv ausgleichen, wenn ihnen bewusst ist, dass sie auch in der Politikbegründung Verantwortung für das politische Amt übernehmen und denjenigen gegenüber Rechenschaft ablegen müssen, die sie repräsentieren. Mittel der Selbstinszenierung bilden nur einen kleinen Bestandteil der politischen Führungsaufgabe, auch wenn sie einen Akteur aus der Perspektive der medialen Wirkung interessant erscheinen lassen. Viel entscheidender ist die Entwicklung und Vermittlung von politischen Ideen und Gestaltungsentwürfen. Bei der Analyse von politischen Reden und Texten sind daher nicht nur personelle Aspekte zu berücksichtigen, sondern zudem das (strategische) Kalkül und vor allem, wie sich dieses Kalkül auf die Politikinhalte der jeweiligen Rede oder Äußerung auswirkt.²⁶ Dieses Kalkül kann nicht direkt aus den sprachlichen Äußerungen abgeleitet werden, daher bedarf es einer intensiven Auseinandersetzung mit den macht- und sachpolitischen Konsequenzen einer inhaltlichen Aussage, um ein differenziertes Bild der beabsichtigten Wirkung zu erhalten. Den sprachlichen Mitteln können daher auch spezielle Kalküle und vor allem inhaltliche Bedeutungszuschreibungen zugeordnet werden, die eine Analyse der jeweiligen Äußerung erleichtern. Politische Akteure können Überzeugungskraft durch Diskursführung aufzeigen, indem sie Inhalte durch die intensive Auseinandersetzung mit Themen und Kritikern bewerben und so die Gegner überzeugen und einbinden. Meinungsführerschaft kann durch Ideenmanagement übernommen werden, dabei erfolgt eine Neudefinition von gesellschaftlichen Problemen und Assoziationen zu erfolgversprechenden oder unkonventionellen Lösungsansätzen, die helfen, Gelegenheitsfenster zu öffnen. Durch Präjudizierung kann Definitionsmacht entwickelt werden. Dabei werden Ziele und Richtungen vorgegeben, indem Kommunikationsprozesse abgekürzt und Kritikern der Wind aus den Segeln genommen wird. Durch Polarisierung erfolgt Mobilisierung und eine inhaltliche Abgrenzung zum politischen Gegner. Dabei werden Positionen zugespitzt dargestellt, um Gegensätze herauszustellen und Konflikte zu suchen. Darüber hinaus können Akteure Zukunftskompetenz aufzeigen, indem sie ein zukünftiges Bild einer Gesellschaft entwickeln, um Zielvorstellungen und Tatkraft aufzuzeigen.

Die verschiedenen Kalküle politischer Sprache – die sich mit diesen Einordnungen verbinden – sind in vielerlei Hinsicht erweiterbar, sie ergänzen sich oder stehen im Politikalltag zueinander in Konflikt. Polarisierung und Zuspitzung in Streitfragen mag zum Beispiel in Wahlkampfsituati-

²⁶ Zur Strategie der Politik vgl. einfürend Raschke/Tils 2007: 11-78; dies. 2010: 11-18 und im selben Band Sarcinelli 2010: 267-300.

onen ein adäquater Weg sein. In Koalitionsregierungen wirken dann aber die notwendigen Kompromisse und Zugeständnisse wie inkonsistente Politikentwürfe, wenn der inhaltlichen Auseinandersetzung zu Gunsten der inhaltlichen Abgrenzung zu den politischen Alternativen zuvor aus dem Weg gegangen wurde.²⁷

4. Die Analyse von sprachlichen Mitteln in der Politik

Deutlich wurde, dass in der Auseinandersetzung mit der politischen Sprache die inhaltliche Dimension und die Kalküle der Politik nicht aus den Augen verloren werden dürfen. Eine Analyse von Redebeiträgen sollte die rhetorischen Mittel des Redners ebenso einbeziehen, wie die Position des Redners im politischen Betrieb sowie macht- und sachpolitische Kalküle, auch wenn diese nicht immer offensichtlich sind. Als Zusammenfassung der bisherigen Ausführungen können zur Analyse von politischen Redebeiträgen und ihrer systematischen Bewertung folgende grobe Einteilungen und Fragestellungen abgeleitet werden.²⁸ Diese werden im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch ergänzt.

(A) Inhaltliche und problembezogene Einordnung:

Unter welchen sachbezogenen Kontext ist der Beitrag entstanden? Welche Bedingungen prägten den Entstehungsprozess der Äußerungen? Welche Verhandlungszwänge wirkten auf den politischen Prozess und die beteiligten Akteure ein und bestimmten die Begründungszusammenhänge? Welche inhaltlichen Ausgangsvorstellungen brachten die Akteure in den Verhandlungskontext ein und welcher sachpolitischer Spielraum wurde dadurch definiert? Wie ist das Politikerergebnis vor diesem Hintergrund zu bewerten?

(B) Organisations- und personenbezogene Einordnung:

Welches macht- und sachpolitische Selbstverständnis bringt der Amtsinhaber / der Redner in den Redebeitrag ein? Welche Erfordernisse an sprachliche Mittel stellt das jeweilige Amt oder die politische Funktion an den politischen Akteur? Wie sind die rhetorischen Mittel vor diesem Hintergrund zu bewerten?

Welche machtpolitischen Konflikte waren im Rahmen der unterschiedlichen Spannungsfelder von Regierungsamt, Partei- oder Fraktionsposition, oder aus Rücksicht auf den Koalitionspartner zu moderieren? Welche Adressatengruppen werden durch den Redebeitrag angesprochen?

²⁷ Zu informellen Prozessen und dem Regieren in Koalition vgl. Kropp 2001; und dies. 2003: 23-31.

²⁸ Dazu einführend Korte 2002 und nachfolgende Analysen sowie Stüwe 2004: 11-17 aus international vgl. Perspektive.

(C) Intentionale und strategische Einordnung:

Welche Intention wird durch die Sprachwahl beabsichtigt? Was verraten die Wortwahl und der Ton über die Kalküle des jeweiligen Redners und der beteiligten Interessen? Wird durch die Argumentation Konfliktschlichtung oder Konfliktintensivierung betrieben? Werden klare Ziele und Lösungsvorschläge formuliert oder wird vom eigentlichen Konflikt und der Problemkonstellation abgelenkt?

Bei diesen drei Einordnungen zur systematischen Analyse von Redebeiträgen handelt es sich um keine reine sprachanalytischen Kategorien, vielmehr werden auch die hinter den verbalen Äußerungen liegenden Wirkungen der strukturellen Merkmale von „Politik und Regieren in Deutschland“ auf die Entstehung des Beitrages und die Intention des Redners in die Betrachtung einbezogen.²⁹ Dabei geht es insbesondere um die Grenzen und Möglichkeiten zur Problemdefinition, den Verantwortungszuschreibungen und den daraus resultierenden Handlungskonsequenzen politischer Akteure. Der strukturelle Rahmen hat Auswirkungen auf die Art und Weise der Sprachwahl, er erschließt oder versperrt aber auch Gestaltungsspielräume.³⁰

Die bisherigen Einordnungen zur Analyse von politischer Sprache sollen daher um eine weitere Ebene ergänzt werden, diese umfasst die tiefer liegende politische Auseinandersetzung zwischen gesellschaftlichen Leitvorstellungen und Ideen – somit den politischen Diskurs jenseits tagesaktueller Debatten. Diese Ebene umfasst die grundlegenden Werte und normativen Überzeugungen der politischen Entscheidungsträger und organisierten politischen Interessen. Aus der Diskursforschung ist bekannt, dass die Interaktion und inhaltliche Auseinandersetzung zwischen Akteuren in spezifischen Diskursen zu spezifischen Politikergebnissen führt.³¹ Derartige Diskurse sind zum Beispiel der „Sozialstaatsdiskurs“ in der Bundesrepublik. Dieser wird zwar kontrovers geführt, dennoch stimmten beide Sozialstaatsparteien (CDU und SPD) lange darin überein, das „Solidarische Prinzip“ trotz haushaltspolitischer Restriktionen zu erhalten.³² Abweichungen von diesem Prinzip sind schwer zu begründen und es bedarf somit einer überzeugenden argumentativen Legitimation.

Die „Hartz IV-Reform“, somit das Zusammenlegen von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe 2003, unter sozialdemokratischer Führung in der Ära Gerhard Schröder, stellte in der Wahrnehmung vieler Bürgerinnen und Bürger und insbesondere vieler Sozialdemokraten eine eklatante Abweichung von diesem Prinzip dar. Auch deshalb stieß diese Maßnahme (und dadurch das gesamte Hartz-Vorhaben) auf breite öffentliche Ablehnung. Dies allein führte jedoch nicht zur Abwahl Schröders 2005. Vielmehr scheiterte Schröder zum einen, weil die Begründung der Gestal-

²⁹ Dazu Korte/Fröhlich 2009.

³⁰ Zu den „Strukturmerkmalen von Politik und Regieren“ in Deutschland vgl. ebd.

³¹ Zur Diskursforschung aus sozialwissenschaftlicher Perspektive einführend Keller 2007.

³² Zum Sozialstaatsdiskurs in der Bundesrepublik einführend und der Sozialpolitik der Großen Koalition siehe M. Schmidt 2010: 302-327.

tungsmaßnahme sich nicht in den Wertekanon der Sozialdemokratie einreichte und zum anderen gelang es den politischen Spitzenakteuren der SPD im Nachklang der Entscheidung nicht, die Verbindungslinien zur Sozialstaatstradition der Partei argumentativ aufzuzeigen. Es war daher die Art der Verlautbarung durch ein Expertengremium ohne vorherige Rückkopplung mit den Werten der federführenden Partei, welche sie für viele aus der SPD als untragbar erscheinen ließ.³³ Dennoch ist es gerade die Aufgabe einer demokratisch legitimierten Regierung politikfeldübergreifende und gemeinsame Leitvorstellungen zu entwickeln. Es gilt im Auge zu behalten, dass die zu definierenden Ziele auch dem eigenen Machterhalt dienlich sein müssen. Dies bedeutet nicht nur die Vermittlung einer in sich geschlossenen politischen Linie, sondern auch eine Idee von übergeordneten Werten und Zukunftsvorstellungen, die diese verbindende Linie erst ermöglichen. Die SPD und ihre Spitzenakteure des Jahres 2003 gerieten in die Gerechtigkeitsfalle, weil ihre eigenen Werte – bzw. die ihrer Partei – argumentativ nicht mit der Entscheidungspolitik der Rot-Grünen Bundesregierung unter Mitwirkung der Opposition im Bundesrat in Einklang zu bringen waren.³⁴ Ein anderer Diskurs, der in einem hohen Maße durch externe Ereignisse geprägt wurde und aus dem sich nun allgemeine „Leitplanken“ für die Politikgestaltung in Deutschland ableiten, ist der Bildungsdiskurs.³⁵ Eingeleitet durch den sogenannten „PISA-Schock“, sind sich im Grunde alle Parteien und bildungspolitischen Akteure einig, trotz leerer öffentlicher Haushalte mehr in Bildung zu investieren. Der internationale aber auch nationale Bildungswettbewerb prägt somit die Problemwahrnehmung von Politik und Öffentlichkeit und die Anforderungen an bildungspolitische Gestaltungsmaßnahmen. Die strukturelle Beschaffenheit des jeweiligen Diskursrahmens und damit die gemeinsam geteilten Begründungszusammenhänge mit genereller Geltung prägen die Entscheidungsfindungen in vielen Politikbereichen.

Wenn sich politische Akteure außerhalb des gemeinsamen gesellschaftlichen Diskursrahmens bewegen, geraten sie regelmäßig in Erklärungsnot oder provozieren sie zumindest. Der Staat als Lotse in der Dauerkrise der Finanzmärkte und des gesamten Europäischen Währungssystems ist gefragter denn je. Der Widerspruch zwischen Solidaritäts- oder Eigenverantwortungsprinzip ist offensichtlich und bestimmt den politischen Diskurs. Bundeskanzlerin Merkel pflegte in der Großen Koalition 2005 bis 2009 argumentativ die Widersprüche zwischen dem Erhalt des

³³ Derartige Reformen sind kaum kommunizierbar und dadurch auch nur schwer umzusetzen, auch wenn es im Nachklang und einige Jahre später gerne dergestalt ausgelegt wird, dass man als Entscheidungsträger auch „Unpopuläre Entscheidungen“ durchsetzen muss, solange man sie für richtig hält, dafür wird dann auch gern die Begrifflichkeit „alternativlos“ bemüht. Zur Entwicklung der SPD von 1998 bis 2005 vgl. u.a. Egle/Henkes 2003: 67-92; Meyer 2007: 83-97; Raschke 2010: 69-98. Dieses gefühlte „Gerechtigkeitsdefizit“ prägt die Sozialdemokratie bis heute.

³⁴ Erst nachdem sich der sozialpolitische Diskurs wandelte und durch die Hartz-IV Debatte Gerechtigkeitsfragen in den Fokus rückten und die Wahrnehmung überwog, dass sich beide Volksparteien zumindest in Teilen vom Sozialstaatsprinzip verabschiedeten, gelang es der Linkspartei sich im Parteienspektrum der Bundesrepublik auch im Westen der Republik dauerhaft zu etablieren.

³⁵ Was ihr in der Zeit der Großen Koalition auch gelang. Der Begriff „Leitplanken“ scheint zudem im Jahr 2011 durch den öffentlichen und akademischen Diskurs übergegangen zu sein. Vgl. z.B. das Communiqué zum Thema „Politische Leitplanken für nachhaltige Märkte und nachhaltigen Wettbewerb“, welches breiten medialen Widerhall fand. Auch die Bundesregierung und insbesondere die Kanzlerin sprach im September 2011 und starken Ängsten vor einer erneuten Finanzmarktkrise im Zuge einer möglichen Griechenlandpleite verstärkt von politischen „Leitplanken“ für die nervösen Märkte. Vgl. Hoffmann 2011.

Solidaritäts- und dennoch der Stärkung des Eigenverantwortungsprinzips, ohne Festlegung auf eine bestimmte Zielvorstellung für Staatlichkeit in dieser krisengebeutelten Zeit. Sie versuchte zwischen den beiden Lagern zu vermitteln und den Zielkonflikt (Soziale Gerechtigkeit vs. Eigenverantwortung) zu moderieren.³⁶ Unter dem Schwarz-Gelben somit dem christlich-liberalen Wertekanon ist es der Kanzlerin nun offensichtlich nicht mehr möglich, die Konflikte zwischen leistungsorientierten Liberalen und sozialstaatsorientierten Konservativen durch Moderation und Nichtfestlegung auszugleichen.³⁷ Unter den neuen Bedingungen gelang es der Kanzlerin nicht mehr, eine verbindende Leitvorstellung für das Handeln der Wunschkoalition zu artikulieren.

Die Bedeutung von diskursiven Pfadabhängigkeiten ist offensichtlich. Ein weiteres Beispiel bietet der Diskurs zum Atomausstieg. Die öffentlichen Debatten um die Sicherheit der Kernkraft wurde dabei seit Jahrzehnten von den Grünen dominiert, was schließlich in der Ära Schröder im Atomkonsens mündete, somit dem geplanten Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie. Die Schwarz-Gelbe Bundesregierung gewann die Bundestagswahl 2009 jedoch deutlich, unter anderem mit dem Ziel der Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke. Die Zieldefinition „Energie bezahlbar zu halten“ lieferte für ihr politisches Handeln und ihre Politikbegründung belastbare wirtschaftspolitische Argumente.³⁸ Mit dem Narrativ der „Brückentechnologie“ machte sie zudem deutlich, dass sie am Atomausstieg festhalten wollte, da diese Zielvorstellung den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Technologien weist. Nach selbstverschuldeten Verzögerungen und Irritationen wurde diese Leitidee dann im „Herbst der Entscheidungen“ 2010 verspätet beschlossen. Das Kalkül der Kanzlerin war jedoch primär daraus ausgelegt, diese Neudefinition der Brückentechnologie zur Polarisierung gegenüber einer erstarkten Grünen Partei zu verwenden. So rückte sie nicht das Festhalten am Ausstiegsszenario in den Fokus, sondern die Abkehr vom Rot-Grünen Atomkonsens. Ein gesellschaftlicher Diskurs für diese Politikvorstellung wurde jedoch nicht geführt. Die notwendige breite gesellschaftliche Mehrheit hierfür wurde verbal nie organisiert. Dies mag ein wahlkampfaktischer Kalkül gewesen sein, um die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren, nach der Atom-Katastrophe von Fukushima im März 2011 musste die Laufzeitverlängerung aber wieder zurückgenommen werden und ein endgültiger Ausstieg aus der Kernkraft wurde beschlossen.

Der Schwarz-Gelben Bundesregierung gelang es im Diskurs um die Laufzeitverlängerung und später dem endgültigen Atomausstieg zu keinem Zeitpunkt, die Diskrepanz zwischen der vehement vertretenen Befürwortung des Festhaltens an der Kernkraft und dem letztendlichen Begründung für Ausstieg aus der Kernkraft argumentativ zu überbrücken. Es fehlten die Werte und Grundüberzeugungen in den Gesellschafts- und Politikvorstellungen von Schwarz-Gelb, mit dem

³⁶ Dieser Konflikt verlief quer durch die Regierungsparteien und es bildeten sich Diskurskoalitionen über die Parteigrenzen hinweg.

³⁷ Zu hoch waren die Erwartungen der Liberalen nach dem Machtwechsel und zu gering der Wille der Konservativen grundlegende Werteänderungen mitzutragen.

³⁸ vgl. Süddeutsche.de 2010.

dieser energiepolitische Zickzackkurs hätte begründet werden können. So wirkte der Richtungswechsel kurz vor der Wahl in Baden-Württemberg 2011 wie ein erneuter Versuch das schlimmste Wahldebakel zu verhindern.

Hier fehlte in erster Linie eine Leitidee der Politikgestaltung: Entscheidungsträger knüpfen ihre politischen Vorschläge gerne an die Äußerungen großer Staatsfrauen und -männer. Vor allem weil die Inhalte und Konsequenzen dieser Vorstellungen tief in der Erinnerungskultur der Bürgerinnen und Bürger verankert sind. Egal ob Willy Brandt mit seiner Vision von „Mehr Demokratie wagen“, Ludwig Erhards Vorstellungen von „Sozialer Marktwirtschaft“ oder Helmut Kohls Überzeugung, dass die Deutsche Einheit nur im Rahmen der Europäischen Einheit zu verwirklichen sei. Diese Leitnarrative sind nicht nur Marketinginstrumente, sie geben ganzen Generationen politische Orientierung und prägen Vorstellungen, unter welchen sich „Leitplanken“ für konkrete Gestaltungspolitik implementieren lassen.³⁹ Politische Gestaltung wird nur dann als legitim wahrgenommen, wenn eine Wertordnung zugrunde liegt, auf die diese aufbauen und die weiterentwickelt werden können.⁴⁰ Die Kritik von Helmut Kohl an der Politik seiner Nachfolger kann hier nicht inhaltlich diskutiert werden, dennoch ist es bedeutsam wenn der ehemalige Bundeskanzler und längstdienende bundesdeutsche Regierungschef feststellt, die Politik in der Bundesrepublik sei „keine berechenbare Größe mehr – weder nach innen noch nach außen.“ Und die deutsche Politik müsse wieder „für andere erkennbar deutlich machen, wo wir stehen und wo wir hinwollen, dass wir wissen, wo wir hingehören, dass wir Werte und Prinzipien machen, die über den Tag hinaus gelten“.⁴¹ Kohl spricht damit einen zentralen Punkt an. Nur wenn es gelingt die Wertordnung, die den Narrativen der Politikgestaltung zugrunde liegt, zu pflegen und in politische Diskurse einzubringen, kann eine glaubhafte Verbindung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und einer Zielvorstellung artikuliert werden.

Für die Analyse von politischer Sprache bedeutet dies nach diesem Wertegerüst zu fragen und diese Werte und den spezifischen Diskursrahmen in dem ein Thema diskutiert wird zu kennen. Ergänzend zu den oben genannten Punkten helfen daher folgende Aspekte und damit verbundenen Fragestellungen, die Ebene des Diskursrahmes und der Wertordnung zu erfassen.

³⁹ Politik und insbesondere die Regierungskommunikation „operiert“ zwar zunehmend in der „Aufmerksamkeitsökonomie“ nach Marketing-Strategien die sich Verfahren der „Wirtschaftskommunikation“ annähern, dazu Meckel/Kamps 2006: 69f., doch ohne ein Wertegerüst, an dem sich die zu vermittelnden Politikideen orientieren, nützen diese Marketing-Strategien wenig. Legt man diese Maßstäbe nicht zugrunde, wird Politik entweder „populistisch“ oder weniger negativ besetzt „opportune“, wenn politische Entscheidungen der jeweiligen Stimmungslage in der Öffentlichkeit angepasst werden. Dazu Fröhlich 2007.

⁴⁰ Zum Zusammenspiel von „Legitimation“ und politischer „Partizipation“ siehe auch Glaab/Kießling 2001: 571-611.

⁴¹ Dazu Kohl 2011.

(D) Einordnung in den Diskursrahmen und die Werteordnung:

Welche gesellschaftspolitischen Diskurse sind von den jeweiligen Politikvorstellungen berührt? Welche grundlegenden Werte und Normen verbergen sich hinter den Äußerungen? Wie sind diese Äußerungen im Kontext der Pfadabhängigkeit von Politik und Regieren hierzulande einzuordnen? Welche neuen oder klassischen Deutungsmuster für gesellschaftliche Probleme werden angeboten, angerissen und wie wirkt sich dies auf die Entscheidungsbegründung aus? Wie wird versucht, Abweichungen von den etablierten Deutungsangeboten zu begründen?

Die Artikulierung von Deutungsangeboten entlang etablierter Wertvorstellungen und eine Neu- und Umdeutung von gesellschaftlichen Phänomenen im Kontext der eigenen Politikideen in sprachlicher Form stellt die zentrale Transmissionsleistung politischer Eliten dar. Die Aspekte der Politikvermittlung – jenseits der Legitimation des Augenblicks – machen Politik verlässlich und stiften idealtypisch Orientierung.

5. Politische Sprache in Krisensituationen

Dieser so genannte „Diskursrahmen“ verweist somit auch auf die diskursive Pfadabhängigkeit politischer Entscheidungen.⁴² Brüche in „Diskursverläufen“ durch katastrophale oder unerwartete Ereignisse sind jedoch empirisch nachweisbar und verändern Begründungszusammenhänge für Politikbegründungen nachhaltig und eventuell auch schlagartig.⁴³ Gerade trotz der katastrophalen Ereignisse in Fukushima war es der Schwarz-Gelben Bundesregierung nicht mehr möglich ihr Narrativ der „Brückentechnologie“ mit dem Aspekt der Laufzeitenverlängerung glaubhaft zu verbinden. Eine deutliche Mehrheit der Deutschen forderte nach der Atomkatastrophe in Japan einen raschen Atomausstieg. Somit war das Argument der wirtschaftlichen Vernunft und bezahlbarer Energiepreise fortan nachrangig gegenüber dem Bedürfnis der Sicherheit. Die Bundesregierung musste die daraus resultierenden sach- und machtpolitischen Konsequenzen tragen.

Ein weiteres Beispiel für die Instabilität politischer Diskurse zeigt sich am Verlauf des Zuwanderungsdiskurses. Dieser war vor dem 11. September 2001 durch den Blick auf den Fachkräftemangel auf dem deutschen Arbeitsmarkt geprägt, die der damalige Kanzler Schröder fast im Alleingang anstieß, als er bei der Eröffnung der Computermesse CeBit 2000 eine „stärkere Öffnung des Arbeitsmarktes für ausländische Computerspezialisten“ ins Gespräch brachte.⁴⁴

⁴² Zum Ansatz des „Diskursiven Institutionalismus“ vgl. V. A. Schmidt 2008: 1-24; zur praktischen Anwendbarkeit in der Diskursforschung dies. 2005: 761-779. Zum Begriff des „Diskursrahmes“ vgl. Hajer 1993.

⁴³ Zur Rolle von „Diskurskoalitionen“ und zur Natur politischer Diskurse einfürend und beispielhaft Hajer 1993: 43-76; ders 1995; zur Bedeutung von Sprache in politischen Diskursen ders. 1997: 107-132 und aus wissenschaftstheoretischer Perspektive ders. 2008: 213ff.

⁴⁴ Dazu Busch 2003: 317.

Trotz des Versuches, diese Initiative auf den Fachkräftemangel zu beschränken, war die öffentliche Debatte zum Thema Zuwanderung nicht mehr zu stoppen und bot der Opposition in Landtagswahlkämpfen die Gelegenheit, Ängste vor einer unkontrollierbaren Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme zu schüren. Die öffentliche Debatte wurde schließlich durch die Einsetzung einer „Unabhängigen Kommission Zuwanderung“ unter der Leitung der früheren Bundestagspräsidentin und CDU-Politikerin Rita Süssmuth durch den damaligen Innenminister in strukturierte Bahnen gelenkt, nachdem zuvor teils populistisch und wenig konstruktiv argumentiert wurde. In dieser Kommission wurden verschiedene gesellschaftliche Gruppen an einen Tisch gebracht. Dies strukturierte den Diskurs und ermöglichte eine Empfehlung an die Politik.⁴⁵ Das Ergebnis der Kommission unter dem Leitmotiv „Deutschland braucht Zuwanderinnen und Zuwanderer“ wurde im Juni 2001 vorgestellt und wies den Weg in einen gesellschaftlichen Konsens zur Zuwanderungspolitik, auch wenn dies sich zum damaligen Zeitpunkt nicht in konkreter Entscheidungspolitik mündete.⁴⁶ Ebenso wie der „Pisaschock“ die öffentliche Wahrnehmung auf bildungspolitische Defizite lenkte, verschoben die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA die Wahrnehmung der Zuwanderungspolitik von Einzelausschnitten wie Fachkräftemangel und die Zuwanderung in die bundesdeutschen Sozialsysteme auf Sicherheitsaspekte. In der Folge rückten vor allem negativ assoziierte soziokulturelle Fragen der Integration von Muslimen in den Fokus der Politikgestaltung.⁴⁷

Trotz dieser negativen Assoziierungen durch die Prioritätenverlagerung 2001 und dem sicherheitspolitischen Fokus verschob sich der Zuwanderungsdiskurs im Zeitverlauf durch kritische Debatten und immer wieder angeheizt durch negative Einzelereignisse in Richtung eines tatsächlichen Integrationsdiskurses. Die Einrichtung von Integrationsministerien auf Länderebene, der Wandel vom „Ausländerbeauftragten“ zum „Integrationsbeauftragten“ auf Bundesebene und schließlich die Einberufung des „Integrationsgipfel“ durch die Einladung der Bundeskanzlerin Angela Merkel 2006 sind hierfür deutliche Indikatoren. Der Nationalen Integrationsplan (NIP) definiert seit 2007 integrationspolitische Ziele im Kontext eines Gesamtkonzepts, welcher in einen nationalen Aktionsplan überführt wird.⁴⁸

Diese stetigen Fortschritte in der Integrationspolitik riskierte die Kanzlerin im „Herbst der Entscheidungen“ 2010, indem sie mit dem Ziel der Polarisierung in einer schwierigen machtpolitischen Situation „Multikulti“ für gescheitert erklärte und Stimmen insbesondere aus der Schwes-

⁴⁵ „Damit wurde das Thema zunächst politisch ‚aus der Schusslinie‘ genommen und alle Optionen wurden offen gehalten“. Zudem entwickelten die Parteien eigene Konzepte und brachten diese in den Diskurs ein. Ebd.

⁴⁶ Ebd. 318.

⁴⁷ So bestimmten Themen wie „Zwangsheirat, Ehrenmorde, das Tragen von Kopftüchern, die Gestaltung eines islamischen Religionsunterrichts unter staatlicher Aufsicht sowie die Stellung muslimischer Selbstvertretungen (...)“ die tagespolitische Auseinandersetzung zwischen den Parteien. Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut 2007: 6.

⁴⁸ Am Nationalen Integrationsplan sind Vertreterinnen von Bund, Länder und Gemeinden, Vertreter der Migrantinnen und Migranten sowie viele nichtstaatliche Organisationen beteiligt. Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2007.

terpartei CSU unterstützte, die einen härteren Umgang mit integrationsunwilligen Migrantinnen und Migranten forderten.⁴⁹

Somit wird deutlich, dass einzelne historische Ereignisse und sogar individuelle Äußerungen des politischen Spitzenpersonals Auswirkungen auf sensible Diskursverläufe haben können. Diese „Diskursirritationen“ sind wissenschaftlich kaum erforscht und ihre faktischen Konsequenzen – jenseits einer kurzfristigen öffentlichen oder medialen Debatte – können nur schwer nachgewiesen werden. Es fällt jedoch auf, dass in Zeiten der Großen Koalition sachpolitische und öffentlichkeitswirksame Erfolge, wie die Einrichtung des Integrationsgipfels primär der Kanzlerin zugeschrieben wurden und dass sie sich bei tagespolitischen Debatten zumeist zurückhielt, wie zum Beispiel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Richtungsvorgaben durch die Kanzlerin und neue Deutungsangebote blieben weitestgehend aus, was jedoch insbesondere mit den kommunikativen Interaktionsmechanismen der Koalitionäre zu begründen ist, weniger mit fehlendem sachpolitischen Entscheidungsdrang. Dennoch wird der Großen Koalition eine effektive Problemlösung attestiert, was in erster Linie mit der Entscheidungsstärke in der „Finanzmarkt und Wirtschaftskrise“ der Jahre 2008 und 2009 zu begründen ist. Während zuvor primär das „Tagesintegrationswerk“⁵⁰ zwischen den Großkoalitionären im Zentrum stand und Richtungsentscheidungen eher die Ausnahme bildeten, fand die Große Koalition in dieser Krise – trotz ihrer sachpolitisch zurückhaltenden Position – zunächst den richtigen Ton.⁵¹ Sie vertrat ihr eher klassisches finanzpolitisches Paradigma gegenüber den oft aktionistisch agierenden anderen westlichen Regierungen. Sie konnte überzeugend begründen warum die Bundesrepublik an vertrauten finanzpolitischen Maßnahmen festhielt. Merkel und ihr Finanzminister Steinbrück vertraten ihre Positionen gegenüber der vorherrschenden Meinung unter den Zentralbanken. Während sich der Arbeitsmarkt insbesondere wegen den Regelungen zur Kurzarbeit robust zeigte, ging das Bruttoinlandsprodukt nicht nur wegen dem Einbruch der Auslandsnachfrage, sondern gerade auch des Rückganges der Inlandsnachfrage deutlich zurück, was zum Beispiel mit Lohnverzichten und Krisenängsten begründet werden kann. In der Krise fand die Große Koalition dennoch die richtige Sprache, so zum Beispiel mit dem Narrativ des „Schutzschirms“ für Europas Banken oder der „Garantie der Sicherheit der Spareinlagen“, wobei erstmals eine Bundesregierung für alle privaten Spareinlagen garantierte.

Ohne die sachpolitischen Konsequenzen erörtern zu können, wird hier deutlich, dass krisenhafte Situationen auch in der Deutlichkeit der Sprachwahl und in der Verwendung von Metaphern und Narrativen andere Anforderungen an politische Führung stellen, als die Tagespolitik in ruhigeren Zeiten. Diskursverläufe und die tatsächliche Entscheidungspolitik können in Ausnahmesituationen maßgeblich durch einzelne Narrative beeinflusst werden, daher ist es

⁴⁹ Doch auch diese Äußerungen sind vor dem Hintergrund des „Herbstes der Entscheidungen“ zu betrachten und dienten in erster Linie der Polarisierung und Abgrenzung zum Grünen Lager. Dazu SpiegelOnline 2010a.

⁵⁰ Zum Thema „Tagesintegrationswerk“ und die Rolle der Kanzlerin in der Großen Koalition vgl. Korte/Fröhlich 2009: 216-217.

⁵¹ Grundsätzlich dazu Enderlein 2010: 7-12.

zentral für die Analyse von politischer Sprache auch den situativen Einfluss auf den Redner und die Redesituation bei der Beurteilung des Redebeitrags in die Analyse einzubeziehen.

(E) Emotionaler Charakter der politischen Äußerungen in Krisensituationen:

Krisen und Kathastropen stellen besondere Anforderungen an Führungspersonal, nicht nur in der Entscheidungspolitik sondern auch in der Sprachpolitik, wie ein Beispiel zur Wortwahl Karl-Theodor zu Guttenbergs verdeutlicht, welches im Folgenden kurz erläutert werden soll: Nachdem drei Bundeswehrsoldaten im Frühjahr 2010 in Afghanistan gefallen waren und Kritik an der Ausrüstung der Truppe lauter wurde, nutzte der damalige Verteidigungsminister dieses Gelegenheitsfenster zum kommunikativen Tabubruch und sprach in dieser Ausnahmesituation erstmals als Vertreter einer Bundesregierung von „Krieg“. Die Bundesrepublik beteiligt sich seit nahezu zehn Jahren am „Stabilisierungseinsatz“ in Afghanistan, bei diesem und allen anderen Einsätzen der Bundeswehr wurde allerdings bis dahin vermieden, diese Assoziation zu artikulieren. Zwar schwächte zu Guttenberg diese Neutitulierung der Deutschen Beteiligung ab, indem er sagte, man könne „umgangssprachlich“ vom „Krieg“ sprechen oder es handelt sich um „kriegsähnliche“ Verhältnisse, nichtsdestotrotz bedeutete dies eine deutliche Abkehr von der bisherigen Staatsräson in der Sprachpolitik der Bundesrepublik in ihrer historischen Pfadabhängigkeit einer auf friedliche Konfliktlösung konditionierten Gesellschaft.⁵² Somit nutzte zu Guttenberg ein Negativereignis, der Tod der drei Bundeswehrsoldaten, um eine Neudefinition des Einsatzes vorzunehmen. Dies gelang ihm durch die Verwendung eines einzigen Begriffes. Dennoch nahm er vor allem die Forderungen vieler Betroffener auf, und sprach endlich deutlich aus, was den Empfindungen von weiten Teilen der Bevölkerung und sicherlich der Soldatinnen und Soldaten entsprach. Er nutzte somit ein Negativereignis um eine einfache Wahrheit mit weitreichenden Konsequenzen auszusprechen.

In solchen Ausnahmesituationen erfüllt politische Sprache zudem andere Aufgaben. In Krisensituationen geht es Gesellschaften nicht anders als Individuen, der Schmerz über eine Katastrophe mit dem Verlust vieler Menschenleben oder die Anteilnahme am Schicksal der Opfer verschlägt auch ganzen Gesellschaften die Sprache. Existenzielle Erfahrungen, die eine große Anzahl von Menschen teilen, sind in unserer heutigen Mediengesellschaft mit erschreckenden Bildern verbunden und werden allgemein geteilt.

Dies erinnert an die Verwundbarkeit von Gesellschaften, deren Menschen auch kollektive Identitäten teilen. Die damit verbundenen Identitätskerne bieten aber auch Gelegenheit Konsequenzen aus einschneidenden Ereignissen zu ziehen und an bestehende allgemein geteilte Hand-

⁵² Siehe auch SpiegelOnline 2010b; „Der Streit um die richtige Terminologie ist symptomatisch für einen großen politischen Selbstbetrug, dem Deutschland erliegt. Vieles an diesem Afghanistan-Einsatz ist unausgesprochen, halb gar, unwahr und heuchlerisch. Der Einsatz ist unbequem, wahrscheinlich ist er sogar ungewollt. Vor allem aus bündnispolitischer Rason hat die rot-grüne Bundesregierung 2001 die Entsendung von Soldaten beschlossen, und die Große Koalition hat die Entscheidung immer wieder bestätigt.“ Kornelius 2009a.

lungsmuster anzuknüpfen.⁵³ Dabei fällt den politisch Führenden eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe zu, es gilt dem Unfassbaren Ausdruck zu verleihen, das zu artikulieren, was die Menschen erleben müssten aber noch nicht zu Begreifen in der Lage sind: „Jede Katastrophe erschüttert uns und lässt uns die Frage nach dem Warum stellen.“ So nahm die NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft die Gedanken der Angehörigen der Love-Parade Katastrophe 2010 auf und versuchte Trost zu spenden.⁵⁴ Der Wut und der Trauer kann so eine Richtung gegeben werden. Es können Wahrheiten ausgesprochen werden, wie auch die des Krieges in Afghanistan. Es ist die Chance das Unbegreifliche zu artikulieren und den Geschehnissen einen Sinn zu geben, dabei gilt es Hoffnung zu stiften, oft durch Appelle. Wenn dieser Sinn nicht in dem Geschehenen zu suchen ist, dann doch wenigstens im Zukünftigen.

Es sind Appelle wie die des sozialdemokratischen norwegischen Ministerpräsident Stoltenberg in seiner Trauerrede im Osloer Dom 2011, angesichts der Tragödie auf Utøya und in Oslo: „Wir sind ein kleines Land, aber wir sind ein stolzes Volk. Wir sind weiter erschüttert von dem, was uns getroffen hat. Aber wir geben nie unsere Werte auf. Unsere Antwort ist mehr Demokratie, mehr Offenheit und mehr Menschlichkeit. Aber nie Naivität“. Den richtigen Ton zu finden, der Sinnlosigkeit einen Sinn zu geben, im Angesicht einer Tragödie die Menschen zu einen und das Verbindende zu suchen, dies sind vielleicht die schwierigsten Aufgaben von politischer Sprache in Krisen- und in Ausnahmesituationen. Die Reden von Entscheidungsträgern spielen nicht nur für die Angehörige und Betroffenen, sondern gerade für die Gesellschaft als Ganzes, eine besonders wichtige Rolle. Ihre Funktion ist es emotional zu entlasten, indem Wahrheiten und Tatsachen ausgesprochen werden, aber auch zerrüttete Gesellschaften wieder zu verbinden, indem Gemeinsamkeiten angesprochen werden, für die es sich lohnt zu streiten und nach vorn zu schauen. Aus den „Identitätselementen“ leiten sich verbindende Werte und Normen ab, die den Kern der Demokratie und der Gesellschaft ausmachen.⁵⁵ Diese Ebene entzieht sich den Prämissen von Darstellung- und Entscheidungspolitik, von Macht- und Sachfragen.

Sprache erfüllt hierbei eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe, es entstehen besondere Erwartungen, die eine persönliche Ebene der Opfer und Betroffenen berühren, aber auch die Verantwortung der politischen Führung gegenüber der Gesellschaft als Ganzes einbeziehen. Trotz der Schwierigkeiten die dieser Spagat zwischen persönlicher und gesellschaftlicher Ebene beinhaltet, bieten diese Situationen doch die Möglichkeit Realität zu deuten und gegebenenfalls neue Wege aufzuzeigen.

⁵³ Dazu Clausen 2011: 13.

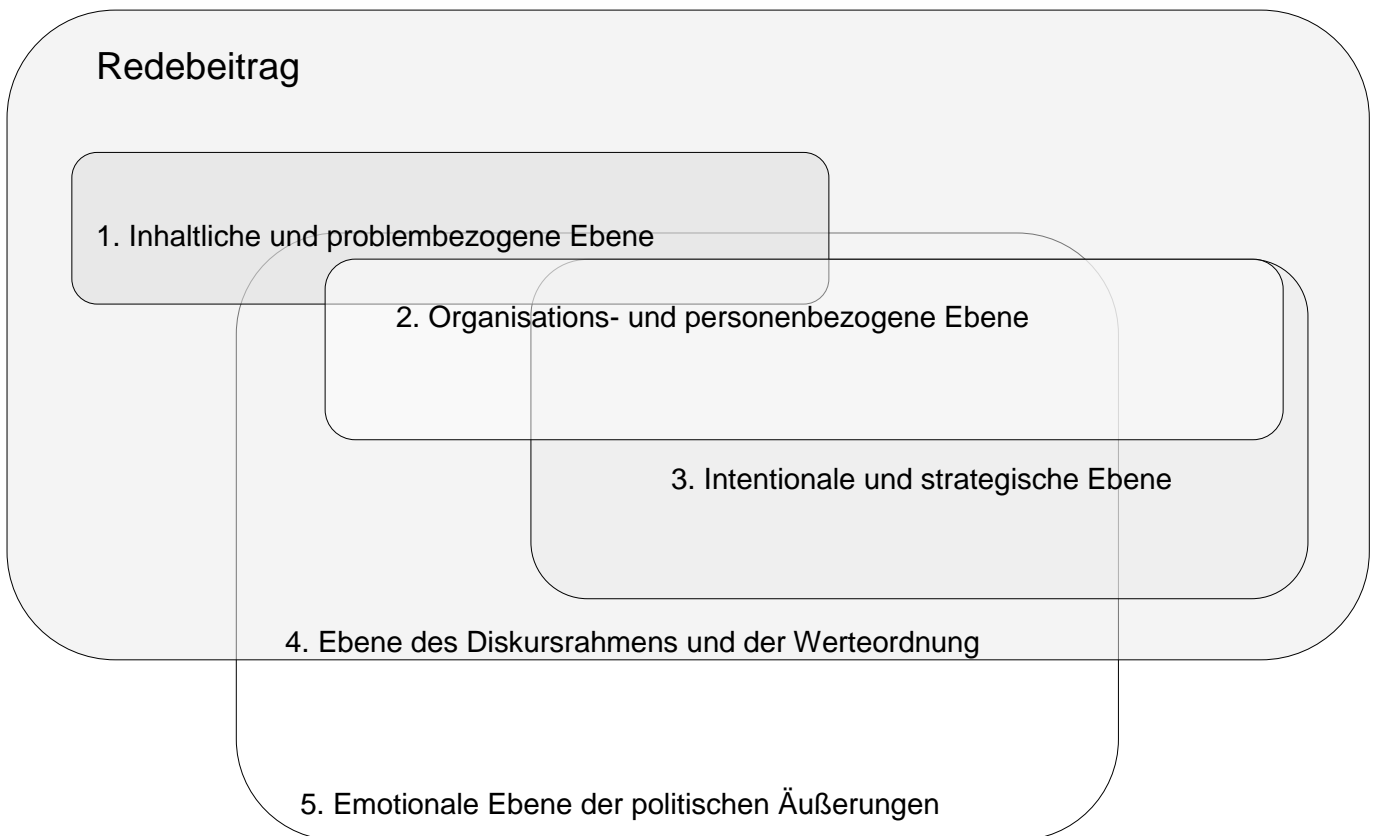
⁵⁴ Siehe RP-online 2010.

⁵⁵ Clausen 2011: 13.

6. Die Ebenen der politischen Sprache: Zusammenfassung

Im Zentrum dieses Beitrages standen die Bedeutung von Sprache in der politischen Sphäre im Allgemeinen und die Möglichkeiten der systematischen Analyse von politischen Redebeiträgen im Speziellen. Hierzu wurden einige Ansätze der Kommunikations- und Diskursforschung vorgestellt und der jeweilige Beitrag zur wissenschaftlichen Analyse politischer Redebeiträge individueller Akteure aufgezeigt. Es wurde deutlich, dass politische Redebeiträge aus vielerlei Hinsicht analysiert werden können, und dass es sich um eine komplexe und vielschichtige Materie handelt. Deutlich wurde auch, dass individuelle Akteure in der Lage sind, die Mittel der politischen Sprache gezielt in Kommunikationsprozessen einzusetzen, um Politikvermittlung auf der Darstellungsebene von Politik zu betreiben, oder um Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Dabei wurde auch deutlich, dass in gesellschaftlichen Wandlungsprozessen und in Krisensituationen der politischen Sprache in Vermittlungsprozessen eine ganz besondere Bedeutung zufällt. Bei der Analyse von Sprache in Politikvermittlungsprozessen hilft der Blick auf Fünf-Ebenen der Politikbegründung:

Abbildung 1: Fünf-Ebenen der Politikbegründung



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Funktionen sprachlicher Mittel in politischen Steuerungsprozessen sind vielschichtig. Sie reichen von der Möglichkeit sich selbst zu inszenieren, über die wichtige Funktion schwierige

Entscheidungen mittels sprachlicher Verkürzungen und besonderer Begriffsschöpfungen einen Sinn zu geben.

Bei der Analyse von Redebeiträgen gilt es die macht- und sachpolitischen Kalküle der jeweiligen politischen Akteure in die Betrachtung einzubeziehen. Das Selbstverständnis des jeweiligen Amtsinhabers und Redners drückt sich in der Regel ebenfalls in den eingebrachten sprachlichen Mitteln aus und prägt diese somit. Die rhetorischen Mittel erlangen vor diesem Hintergrund eine neue Bedeutung – und zwar jenseits der Möglichkeiten zur Selbstinszenierung.

Macht- und sachpolitische Konflikte, die sich aus den unterschiedlichen Anforderungen der strukturellen Merkmale von Politik und Regieren in Deutschland ergeben, können durch die Art der Sprachwahl ausgeglichen werden. Die Kalküle und Strategien des jeweiligen Redners und der beteiligten Interessen drücken sich ebenfalls in der Wortwahl und in den jeweiligen Begründungszusammenhängen aus. Diese Aspekte sind somit in die Analyse von Redebeiträgen einzubeziehen. Durch die Argumentation kann gegebenenfalls Konfliktschlichtung oder Konfliktintensivierung betrieben werden. Zieldefinition sowie das Aufzeigen von Lösungsvorschlägen orientieren sich an den involvierten Problemkonstellationen auf macht- oder sachpolitischer Ebene.

Es erscheint ratsam, diese Konstellationen in den Analyseprozess einzubeziehen. Es hat sich gezeigt, dass die Artikulierung von Deutungsangeboten entlang etablierter Wertvorstellungen es Akteuren erleichtert Problemdefinitionen zu entwickeln und Akzeptanz für Lösungsansätze zu schaffen, wenn diese Ansätze an bereits bekannte und gesellschaftliche akzeptierte Lösungsmuster anknüpfen. Diese Problembegründung, durch die Neu- und Umdeutung von gesellschaftlichen Phänomenen im Kontext der eigenen Politikideen in sprachlicher Form, stellt somit die zentrale Transmissionsleistung politischer Eliten dar. Bei der Analyse von politischen Redebeiträgen sollten diese diskursiven Pfadabhängigkeiten daher in den Analyseprozess einbezogen werden, um Abweichungen vom diskursiven Pfaden und somit auch Vermittlungsbarrieren oder neue Politikideen aufzuzeigen. Diese Ebene berührt daher die grundlegenden Werte und normativen Überzeugungen in der Gesellschaft, in Parteien und gesellschaftlichen Gruppen, die die Ablehnung oder Akzeptanz von Politikbegründungen verdeutlichen. Brüche in Diskursverläufen durch katastrophale oder unerwartete Ereignisse aber auch durch Diskursirritationen stellen jedoch besondere Anforderungen an die Formulierung von Begründungszusammenhängen. Politikvermittlung in Krisensituationen stellt daher eine besondere Verantwortung und somit Anforderung an Sprache in der politischen Sphäre dar. Die fünf beschriebenen Ebenen der politischen Sprache können systematisch analysiert und akteursbezogen betrachtet werden. Eine Zusammenführung dieser Ebenen in ein Analysemodell zur Erfassung und Auswertung eines politischen Beitrages hilft die Komplexität von politischen Äußerungen zu durchdringen und einzelne Teilaspekte differenziert dazustellen. Die abschließende Gewichtung der jeweiligen Äußerung und die Identifikation von Aussagen, die sich auf einer der genannten Ebenen bewegen ermöglicht es, Prioritätensetzungen des jeweiligen Akteurs zu identifizieren.

7. Literatur & Quellen

Althaus, Marco/Geffken, Michael/Rawe, Sven (2005): Handbuch Public Affairs, Münster 2005.

Bazil, Vazrik (2010): Politische Sprache: Zeichen und Zunge der Macht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 8, S. 3-6.

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (2000): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. 17. Aufl., Frankfurt a.M.

Busch, Andreas (2003): Extensive Politik in den Klippen der Semisouveränität. Die Innen- und Rechtspolitik der rot-grünen Koalition. In: Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlhörer, Reimut (Hrsg.): Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002. Wiesbaden. S. 305-327.

Clausen, Lena (2011): Zwischenruf: Die Anschläge von Oslo und Utøya und das norwegische Selbstbild, in: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte (NGFH), Nr. 9, S. 13-15.

Däuble, Helmut (2011): Legendenbildung. Ein Gespenst namens Gutenberg, in: Spiegel online, online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,749232,00.html> (Stand 15.09.2011)

Demmer, Ulrike/Feldenkirchen, Markus/Kurbjuweit, Dirk/Pfister, René (2010): Der Bürgerkönig, in: DER SPIEGEL Nr. 42, S. 28-36.

Enderlein, Henrik (2010): Die Euro-Krise: Auslöser, Antworten, Ausblick, in Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Nr. 43. S. 7-12.

Egle, Christoph/Henkes, Christian (2003): Später Sieg der Modernisierer über die Traditionalisten? Die Programmdebatte in der SPD, in: Egle, C./Ostheim, T./Zohlhörer, R. (Hrsg.): Das Rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002, Wiesbaden, S. 67-92.

Fagnini, Hans Peter (2000): Was soll denn eigentlich politische Führung? In: Zeitschrift für Politik (ZfP), 47. Jg./Heft 3, S. 274-292.

Fliegau, Mark T./Kießling, Andreas/Novy, Leonard (2008): Leader und Follower – Grundzüge eines inter-personalen Ansatzes zur Analyse politischer Führungsleistung. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol), 18. Jahrgang, S. 399-421.

Fröhlich, Manuel (2001): Sprachstrategien im Kontext von Machteroberung: Die Haushaltsdebatten in den Wahlkämpfen von 1979 bis 1998, in: Hirscher, G. (Hg.) / Korte, K.-R.: Aufstieg und Fall von Regierungen. Machterwerb und Machterosionen in westlichen Demokratien, München, S. 147-190.

Fröhlich, Manuel (2007): Ethik ist wichtiger als Spin – Politikberatung und Politische Führung, in: Grasselt, N./Ludwigs, K.: Führung in Politik und Wirtschaft – Schlussfolgerungen zum Expertenforum, Veranstaltungsdokumentation, Duisburg.

Glaab, Manuela (2007): Politische Führung als strategischer Faktor. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol), 17. Jahrgang, S. 303-332.

Glaab, Manuela/Kießling, Andreas (2001): Legitimation und Partizipation, in: Korte K.-R./Weidenfeld W. (Hrsg.): Deutschland-TrendBuch. Fakten und Orientierungen, Bonn, S. 571-611.

Grasselt, Nico/Korte, Karl-Rudolf (2007): Führung in Politik und Wirtschaft. Instrumente, Stile und Techniken. Wiesbaden.

Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2002): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung, Band 2: Akteure, Prozesse und Inhalte, Wiesbaden.

Hajer, Maarten A. (1993): Discourse Coalitions and the Institutionalization of Practice. The Case of Acid Rain in Britain. In: Fischer, F./Forester, J. (Hrsg.): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning. Durham/London, S. 43-76.

Hajer, Maarten A. (1995): The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Prozess. New York.

Hajer, Maarten A. (1997): Ökologische Modernisierung als Sprachspiel. Eine institutionell-konstruktivistische Perspektive zum Umweltdiskurs und zum institutionellen Wandel. In: Soziale Welt 48/2., S. 107-132.

Hajer, Maarten A. (2008): Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: Janning, F./Toens, K. (Hrsg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung, Wiesbaden, S. 211-222.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (2007): focus Migration – Länderprofil Deutschland. Nr. 1, online abrufbar unter: http://focusmigration.hwwi.de/typo3_upload/groups/3/focus_Migration_Publikationen/Laenderprofile/LP01_Deutschland_v2.pdf (Stand 2.10.2011).

Helms, Ludger (2000): „Politische Führung“ als politikwissenschaftliches Problem, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 41. Jg./Heft 3, S. 411-434.

Helms, Ludger (2010a): Leadership-Forschung als Demokratiewissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Nr. 2-3, S. 3-8.

Helms, Ludger (2010b): Strategie und politische Opposition. In: Raschke, J./Tils, R.(Hrsg.): Strategie in der Politik. Konturen eines neuen Forschungsfeldes. Wiesbaden, S. 233-256.

Hoffmann, Johannes (Hrsg) (2011): Politische Leitplanken für nachhaltige Märkte und nachhaltigen Wettbewerb, Kommunique der Projektgruppe Ethisch-Ökologisches Rating, online abrufbar unter: <http://www.germanwatch.org/corp/komm08.pdf> (14.09.2011).

Kamps, Klaus (2007): Politisches Kommunikationsmanagement. Grundlagen und Professionalisierung moderner Politikvermittlung. Wiesbaden.

Keller, Reiner (2007): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. 3., aktual. Aufl., Wiesbaden.

Klein, Josef (2010): Sprache und Macht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 8, S. 7-13.

Kohl, Helmut (2011): „Wir müssen wieder Zuversicht geben“ - Interview in der Zeitschrift Internationale Politik (IP), Ausg. September/Oktober, S. 10-17.

Kornelius, Stefan (2009a): Deutschland führt Krieg: Wie viele deutsche Soldaten müssen noch fallen, bis die Regierung den Einsatz in Afghanistan endlich beim Namen nennt? SüddeutscheMagazin Heft 28, o.S.

Kornelius, Stefan (2009b): Guttenberg und der Fall Kundus. Minister der Inkonsequenz. In: Süddeutsche.de, online verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/guttenberg-und-der-fall-kundus-minister-der-inkonsequenz-1.144518> (Stand 15.09.2011).

Korte, Karl-Rudolf (2002): „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“. Eine Analyse der Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden.

Korte, Karl-Rudolf/**Fröhlich**, Manuel (2009): Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, 3. Aufl., Paderborn u.a.

Korte, Karl-Rudolf/**Hirscher**, Gerhard (Hrsg.) (2000): Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik. Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien. München, S. 11-12.

Kriewel, Jörg (2011): Political Leadership - Entscheidungsstilanalyse des Political Leader Karl-Theodor zu Guttenberg. Masterarbeit im Studiengang Politikmanagement, Public Policy und Öffentliche Verwaltung, Universität Duisburg-Essen.

Kropp, Sabine (2001): Regieren in Koalitionen. Handlungsmuster und Entscheidungsbildung in deutschen Länderregierungen, Wiesbaden.

Kropp, Sabine (2003): Regieren als informeller Prozess. Das Koalitionsmanagement der rot-grünen Bundesregierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B 43, S. 23-31.

Löwenstein, Stephan (2009): Verteidigungsminister Guttenberg - Der Unbequeme, FAZ.net, online verfügbar unter: Kurz-Link: <http://www.faz.net/-00lj5s> (Stand 15.09.2011).

Meckel, Miriam/**Kamps**, Klaus (2006): Regierungskommunikation und Marketing. Differenzen und Schnittstellen, in: Kamps, Klaus/Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): Regieren und Kommunikation. Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und gouvernementales Kommunikationsmanagement – Trends, Vergleiche, Perspektiven. Köln, S. 54-72.

Meyer, Thomas (2007): Die blockierte Partei – Regierungspraxis und Programmdiskussion in der SPD 2002-2005, in: Egle, C./Zohlnhöfer, R. (Hg.): Das Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2001-2005, Wiesbaden, S. 83-97.

Niejahr, Elisabeth/Pörtner, Rainer (2002): Joschka Fischers Pollenflug und andere Spiele der Macht. Wie Politik wirklich funktioniert, Frankfurt a.M.

Pfetsch, Barbara/Maurer, Peter (2008): Mediensysteme und politische Kommunikationsmilieus im internationalen Vergleich: Theoretische Überlegungen zur Untersuchung ihres Zusammenhangs. In: Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef/Wilke, Jürgen (Hrsg.): Medien und Kommunikationsforschung im Vergleich. Wiesbaden, S. 99-119.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2007): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen, online verfügbar unter:
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/nationaler-integrationsplan,property=publicationFile.pdf> (Stand 15.10.2011).

Raschke, Joachim (2010): Zerfallsphase des Schröder-Zyklus. Die SPD 2005-2009. In: Elgie, C./Zohnhöfer, R.(Hrsg.): Die zweite Große Koalition – Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005-2009, Wiesbaden, S. 69-98.

Raschke, Joachim / Tils, Ralf (2007): Politische Strategie. Eine Grundlegung. Wiesbaden, S. 11-78

Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hrsg.) (2010): Strategie in der Politik. Konturen eines neuen Forschungsfeldes. Wiesbaden.

RP-online (2010): Die Rede von Hannelore Kraft – „Uns alle lässt das Geschehene nicht los“, online abrufbar unter: <http://www.rp-online.de/niederrhein-nord/duisburg/nachrichten/uns-alle-laesst-das-geschehene-nicht-los-1.1083154> (Stand 01.10.2011).

Sarcinelli, Ulrich (2010): Strategie und politische Kommunikation. Mehr als Legitimation des Augenblicks, in: Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hrsg.): Strategie in der Politik. Konturen eines neuen Forschungsfeldes. Wiesbaden. S. 267-300

Sarcinelli, Ulrich/Tenscher, Jens (2008): Politikherstellung und Politikdarstellung. Eine Einführung. In: dies. (Hrsg.): Politikherstellung und Politikdarstellung. Beiträge zur politischen Kommunikation. Köln. S. 7-18.

Schlieben, Michael (2011a): Großer Parteichef, miserabler Minister, in: Zeit Online, online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-04/westerwelle-kommentar/komplettansicht> (Stand 15.09.2011).

Schlieben, Michael (2011b): FDP in der Krise. Westerwelles eiliger Abgang, in: Zeit Online, online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-04/westerwelle-ruecktritt-fdp-vorsitz> (Stand 15.09.2011).

Schmidt, Manfred G. (1995): Wörterbuch zur Politik. Stuttgart.

Schmidt, Manfred G. (2010): Die Sozialpolitik der zweiten Großen Koalition (2005-2009), in: Egle, Christoph/Zohnhöfer, Reimut (Hrsg.): Die zweite große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005-2009. Wiesbaden, S. 302-326.

Schmidt, Vivian A. (2005): Democracy in Europe: The Impact of European Integration, in: Perspectives on Politics, Vol. 3/No4, S. 761-779.

Schmidt, Vivian A. (2008): From Historical to Discursive Institutionalism: Explaining Change in Comparative Political Economy. Online Paper unter:
<http://people.bu.edu/vschmidt/documents/fromHI4toDIAPSA.pdf> (Stand 18.09.2011), S. 1-24.

Schütz, Astrid (1999): Selbstdarstellung in der Politik: Techniken und ihre Wirkung, in: Winterhoff-Spurk, P. / Jäckel, M. (Hg.): Politische Eliten in der Mediengesellschaft, Rekrutierung – Darstellung – Wirkung, München, S. 105-120.

SpiegelOnline (2010a): Integration: Merkel erklärt Multikulti für gescheitert, online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-723532,00.html> (Stand 1.10.2011).

SpiegelOnline (2010b): Tabu-Bruch: Guttenberg spricht von Krieg in Afghanistan, online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,687235,00.html> (Stand 1.10.2011).

Stüwe, Klaus (2004): Die Inszenierung des Neubeginns. Antrittsreden von Regierungschefs in den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Wiesbaden.

Süddeutsche.de (2010): Atomkraft: Laufzeitverlängerung - Fünf Minister feiern eine strahlende Zukunft, Online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/akw-laufzeitverlaengerung-schwarz-gelb-feiert-energiekonzept-als-meilenstein-1.1005530> (Stand 9.10.2011).

Ulrich, Bernd (2009): Regierungswechsel. Ein komisches Gefühl, in: DIE ZEIT, vom 01.10.2009 Nr. 41.